

# Was dem Willkommen folgt II

## - Refugees Welcome Cologne -

Mehr als 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Aber nur eine Minderheit versucht auf dem Land- oder gefährlichen Seeweg nach Europa zu kommen. Jene Menschen, die gezwungen werden, ihre Länder zu verlassen, haben das grundlegende Menschenrecht - unabhängig davon, ob sie vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung oder Hunger und Elend fliehen -, hierher, also in die EU beziehungsweise nach Deutschland, zu kommen. Dies wurde bereits in der Genfer Flüchtlingskonvention, die seit 1954 in Kraft ist, festgelegt.

Von den 21 Millionen Syrern irren 8 Millionen im eigenen Land herum. 1,5 Millionen konnten sich in den Libanon retten, ein Land, das selbst gerade mal 4,2 Millionen Einwohner hat. 750.000 vegetieren in jordanischen Lagern. Hier sind die Flüchtlinge angewiesen auf das Welternährungsprogramm der UNO. Dessen Lebensmittelhilfe wurde im August von 27 Dollar auf 13,5 Dollar pro Person und Monat um die Hälfte gekürzt. Am Wochenende 05./06. September hat die UNO 200.000 syrischen Flüchtlingen in Jordanien lapidar per SMS mitgeteilt, die Lebensmittelhilfe werde komplett eingestellt. Das Welternährungsprogramm (WFP) hätte kein Geld mehr.

Aktuell droht Hunger in den Lagern, offenbar löste das die gegenwärtige Fluchtwelle aus: Aber das war ein Anlass, nicht Ursache! Fluchtursache ist der Krieg in Syrien. Allein im türkischen Izmir warten heute 400.000 Menschen auf eine Gelegenheit zur Überfahrt.

Schon 1992 wurden zusammen mit dem EU-Vertrag von Maastricht die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Bestimmungen zur "Bekämpfung illegaler Einwanderung, illegalen Aufenthalts und illegaler Arbeit von Staatsangehörigen dritter Länder im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten" und die Einschränkung des Asylrechts vereinbart. Die EU verlegte die Personenkontrollen an die Außengrenzen zu Drittstaaten. In Deutschland wurde als asylberechtigt nur noch anerkannt, wer über Länder einreiste, in denen die Bundesregierung politische Verfolgung feststellen mochte. Die unmittelbaren Nachbarländer der Bundesrepublik fallen nicht darunter. Damit schien Asyl in Deutschland fast ausgeschlossen.

Im Gegensatz dazu steht die Genfer Flüchtlingskonvention. Ihr sind 147 Staaten beigetreten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Danach genießen die Flüchtlinge: Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, Religion oder Herkunftsland (Art. 3), Religionsfreiheit (Art. 4), freien Zugang zu den Gerichten (Art. 16), Straffreiheit der illegalen Einreise, sofern der Flüchtling sich umgehend bei den Behörden meldet (Art. 31 Abs. 1) sowie Schutz vor Ausweisung (Art. 33). Tatsächlich aber werden ihnen just diese Rechte immer wieder verweigert.

Die Flüchtlingsorganisation UNHCR hatte zwar Veranlassung, die deutsche Hilfsbereitschaft zu preisen. Der freundliche Empfang der Flüchtlinge habe die widrige Rhetorik und Politik der Regierungen gekippt. Aber diese Hilfsbereitschaft stößt, angesichts des Elends und seines Umfangs auf materielle Grenzen. Und sie bleibt gefährdet durch einen wachsenden Bodensatz von Fremdenfeindlichkeit, der mit Hilfe der Anschläge von Paris weiter geschürt wird. Die Spuren der Massaker in der französischen Hauptstadt waren noch längst nicht beseitigt, da twitterte der bayrische Finanzminister Markus Söder am Sonnabend nachmittag, dass Paris alles ändern werde: "Wir dürfen keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung zulassen". Auch wenn weitere Vertreter der Unionsparteien danach auf die Bremse traten, vor einer Vermengung von IS-Anschlägen mit der Zuwanderungsthematik warnten - das Stichwort war gegeben. Die Instrumentalisierung der Terroropfer wurde von asylfeindlichen Bewegungen in der gesamten Bundesrepublik dankbar aufgegriffen.

**14.01.16**

**19:30 Uhr**

**Alte Feuerwache Großes Forum**

**Melchiorstraße 3, 50670 Köln**

Gleichzeitig mehren sich die Nachrichten über Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Das ist die Fortsetzung des Krieges gegen die, die sich ihm gerade entkommen wähnten. Der Antislawismus zusammen mit einem rassistischen Vernichtungswillen fungiert als innenpolitische Fortsetzung des Krieges und dem Abbau demokratischer Rechte. So hat beispielsweise die französische Regierung bekannt gegeben, dass die Globale Klimakonferenz Ende November wie geplant stattfinden, der Paris Climat March aber abgesagt wurde. Dabei beruft man sich auf die Verlängerung des Ausnahmezustands auf drei Monate. Sie verleiht dem Präsidenten und den Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse, etwa Demonstrationsverbote und Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss. Ist dies die Blaupause für den Abbau demokratischer Rechte auch in der Bundesrepublik?

In Köln gibt es gegenwärtig ca. 9000 Flüchtlinge, 35% aus Syrien. Noch größer ist allerdings die Zahl der Zuziehenden. Köln ist eine rasant wachsende Stadt. Im Jahr 2014 hatte Köln einen Zugewinn von mehr als 9.400 Menschen, in der Hauptsache durch Zuwanderung. Bis 2020 wird mit einer Zunahme der Einwohnerzahl um 50.000 gerechnet. Aber es gibt zu wenige Wohnungen. Wie in allen Großstädten herrscht in Köln Wohnungsnotstand. Der öffentliche Wohnungsbau liegt brach. In den Kommunen sind die Folgen der Verteilung von unten nach oben in Form von Kürzungen im Sozial-, Bildungs-, und Kulturbereich spürbar.

Es ist sehr erfreulich, dass so viele Menschen in unserem Land die Flüchtenden willkommen heißen, sich als Helfer zur Verfügung stellen. Es ist erfreulich, dass derzeit so viele im Land gegen AfD, Pegida und Co. auf die Straße gehen.

Aber es geht nicht nur um die Frage der "Willkommenskultur", der unmittelbaren Hilfe oder des Widerstandes gegen Rassisten. Es geht um weitaus mehr: Sich nicht spalten zu lassen in Hiesige und hinzukommende Flüchtlinge. Es geht darum, heute gemeinsam und solidarisch soziale und demokratische Rechte zu verteidigen. Es geht um die Anerkennung internationalen Rechts, wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Es geht um Arbeit und Ausbildung für alle zu guter Bezahlung - Mittel dazu sind Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Mindestlohn ohne Ausnahmen, der seinen Namen verdient. Es geht um bezahlbaren Wohnraum für alle - ein Mittel dazu ist Enteignung leer stehenden und zweckentfremdeten Wohnraums. Es geht um eine kostenlose gesundheitliche Grundversorgung. Das Geld ist vorhanden. Die Kriegs- und Fluchtverursacher müssen zahlen - ein Mittel dazu ist die Millionärssteuer.

Es gilt deutlich zu machen, dass es auch um den gemeinsamen Kampf gegen Kriegsvorbereitung und Krieg, zugleich gegen die Interesse der Konzerne und ihrer politischen Vertreter geht.

*Wir fordern:*

- **Aufnahme und Schutz für alle Geflüchteten**
- **Bereitstellung von geeignetem Wohnraum statt Lager**
- **Zugang zu kostenfreier Bildung, Gesundheitlicher Versorgung und sozialer Teilhabe für alle**

### Die Veranstaltung wird unterstützt von...



Bezirksverband Mittelrhein e.V.



Kinderhilfe Mesopotamien e.V.  
Mit wenig viel bewirken!

